

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Bohwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
zum 5. Jahrestag des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Helmut Schmidt und der Bildung der Regierung Kohl am 1. Oktober: Die Zeit zur Ablösung reift heran.

Seite 1

Dr. Brunhilde Peter zur gemeinsamen AIDS-Forschung DDR-Saarland: Ein Schritt von großer politischer Bedeutung.

Seite 3

Renate Schmidt MdB zur Gesundheitspolitik von Frau Süsmuth: Die Ministerin muß sich endlich um die Radioaktivität in Lebensmitteln kümmern.

Seite 4

Rudolf Müller MdB zum Unions-Schlagwort vom „Jahrhundertvertrag“: Illusionstheater auf dem Rücken der Bauern.

Seite 5

Manfred Hahn zum Wechsel bei der DAG: Roland Issen genießt hohes Ansehen und Vertrauen.

Seite 6

42. Jahrgang / 185

29. September 1987

Die Zeit zur Ablösung reift heran

Zum 5. Jahrestag des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Helmut Schmidt und der Bildung der Regierung Kohl am 1. Oktober

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD

Heute vor fünf Jahren wurde die bisher letzte sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die Regierung Helmut Schmidt, gestürzt. Seitdem regiert in Bonn die Koalition von CDU, CSU und FDP. Die Bildung dieser neuen Koalition war mit dem Makel eines Wortbruchs behaftet. Es war kein Wählerentscheid, der Kohl ins Amt brachte, sondern der im Verborgenen vorbereitete Schwenk eines Teils der FDP-Führung.

Die konservative Koalition ist seinerzeit mit weitreichenden Ankündigungen und großspurigen Versprechungen angetreten. Man werde die Staatsfinanzen in Ordnung und die Wirtschaft wieder in Schwung bringen, hieß es. Man werde soziale Gerechtigkeit wieder herstellen. Man werde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Frieden werde man schaffen mit weniger Waffen. Und vor allen Dingen: Es werde eine geistig-moralische Erneuerung geben.

Nach fünf Jahren sind diese Ankündigungen immer noch Ankündigungen. Die Regierung Kohl war freigebig mit Versprechungen, gehalten hat sie wenig. Heute stellt sie sich als eine Regierung dar, die nicht mehr weiter weiß, innerlich zerrissen und gelähmt, handlungsunfähig. Der Bundeskanzler kann es nicht mehr wagen, seine eigene Politik im Parlament zur Abstimmung zu stellen, weil ein Koalitionspartner, die CSU, ihm in der Sicherheitspolitik nicht mehr folgt. Das Verhältnis zwischen den Koalitionsparteien ist gelinde gesagt zerrüttet. Selbst die „Schwesterparteien“ CDU und CSU gehen miteinander um wie ein tief verfeindeter Familienclan.

Die von Kohl versprochene geistig-moralische Wende hat stattgefunden. Sie führte direkt in den schleswig-holsteinischen Sumpf. Was in Schleswig-Holstein zur schlimmen Methode wurde, konnte sich durchaus auf Bonner Vorbilder berufen. Die Diffamierungskampagne auf Geißler, das Vertuschen und Aussitzen-Wollen auf Kohl. Kohl führt die affären- und skandalreichste Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik. Es entspricht dem so geschaffenen Zustand der politischen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich für den Inhalt
mit unveränderten Redaktionen
Kreuzung-Papier



Kultur innerhalb der Unionsparteien, daß der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende Stoltenberg sich seiner Verantwortung für die Affäre Barschel/Pfeiffer entzieht.

Für viele Menschen in der Bundesrepublik hat die Kohl-Koalition nicht Gutes, sondern Schlimmes bewirkt. Trotz Begünstigung durch eine positive Entwicklung der Weltwirtschaft hat sich das Problem der Arbeitslosigkeit in erschreckender Weise verfestigt. Im fünften Jahr der Kohl-Regierung lag die Arbeitslosigkeit um 400.000 höher als am Ende der Regierungszeit von Helmut Schmidt. Massen- und Dauerarbeitslosigkeit ist zu einem sozialen Tatbestand geworden. 1986 war die Zahl der Haushalte, die laufend Sozialhilfe zum Lebensunterhalt beziehen, auf 1,168 Millionen gestiegen. Negativ auch das Ergebnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: noch nie war die Belastung ihrer Einkommen durch Steuern und Abgaben so hoch wie jetzt. Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren eine dramatische Umverteilung der Einkommen vollzogen. Der Anteil der Arbeitnehmer an dem gesamten Netto-Einkommen ist von 67,3 Prozent im Jahr 1981 auf 57,6 Prozent im ersten Halbjahr 1986 gesunken. Das ist der niedrigste Anteil seit 1952. Noch niemals hat es in der Geschichte der Bundesrepublik vorher eine so deutliche Benachteiligung der Arbeitnehmerschaft gegeben.

Es verdient Beachtung, daß die sogenannte Haushaltskonsolidierung, die als inhaltliche Begründung für den Koalitionswechsel der FDP erhalten mußte, inzwischen längst aufgegeben worden ist. Die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte haben neue Rekordhöhen erreicht, die öffentliche Verschuldung nähert sich mit schnellen Schritten der Billionengrenze.

Mit einer Finanzpolitik, die der zuständige Minister nicht mehr unter Kontrolle hat, steht die Koalition vor den Trümmern ihres Wahlschlagers Steuerreform und vor den ungelösten Problemen in der Wirtschaft - Agrar, Werfen, Kohle und Stahl - und vor der bisher sträflich vernachlässigten notwendigen Strukturreform des Systems der sozialen Sicherheit. Man braucht nicht viel Phantasie, um die Regierung angesichts dieser Aufgaben versagen zu sehen.

Wo die Bilanz nicht so trübe aussieht, hat die Regierung Kohl wenig oder nichts dazu beigetragen. Daß es jetzt zu Abrüstungsvereinbarungen kommen wird, hätten Teile der CDU und die gesamte CSU am liebsten verhindert. In der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der Deutschlandpolitik, gibt es noch ein Stück sozialliberaler Kontinuität und deshalb auch gelegentlich Erfolge.

Das Gesamtbild der Regierung Kohl nach nur fünf Jahren ist so, daß ihr die Kraft zur Bewältigung der großen nationalen und internationalen Aufgaben nicht mehr zugetraut werden kann. Vom Richtungsstreit gelähmt und vom Wählerschwund geschwächt, werden sich die Unionsparteien dennoch verbissen an die Macht klammern. Aber die Zeit der Ablösung reift heran. Stimmenverluste bis nahe an zehn Prozent bei den Wahlen seit 1985 sprechen eine deutliche Sprache.

(-/29.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Gemeinsame AIDS-Forschung DDR – Saarland

Ein Schritt von großer gesundheitspolitischer Bedeutung

Von Dr. Brunhilde Peter
Gesundheitsministerin des Saarlandes

Das Saarland und die DDR haben konkrete Schritte für die gemeinsame AIDS-Forschung und die Durchführung eines deutsch-deutschen AIDS-Forums vereinbart. Diese gemeinsamen Projekte waren im März 1987 zwischen dem saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vereinbart worden.

Am 16. und 17. September 1987 haben zwei Experten-Delegationen des Ministeriums für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Saarlandes in Berlin (Ost) die Inhalte der gemeinsamen Forschungsprojekte sowie eine Liste der beteiligten wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR und des Saarlandes erarbeitet. Diese Aufstellung soll bis Ende des Jahres endgültig abgestimmt werden.

Die gemeinsamen Forschungsvorhaben werden vier Bereiche umfassen:

1. Epidemiologische Projekte, wie die fortlaufende Untersuchung bestimmter Hauptbetroffener-Gruppen;
2. Grundlagenforschung, die klären soll, warum sich der Körper gegen das AIDS-Virus nur unzureichend wehren kann;
3. Virologische Projekte, die das Virus genauer identifizieren sollen;
4. Klinische Projekte, bei denen unter anderem der Einsatz neuer Medikamente erforscht werden soll.

Die DDR-Delegation aus sieben Personen wurde von Professor Dr. Klaus Schumacher, Leiter der Hauptabteilung Forschung des Ministeriums für Gesundheitswesen der DDR, die Delegation des Saarlandes aus sechs Personen von Dr. Hans Berner, Leiter der Gesundheitsabteilung im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Saarlandes geleitet.

Über das Forschungsprojekt hinaus haben die Delegationen die Grundlage für ein deutsch-deutsches AIDS-Forum, das Anfang Dezember unter Teilnahme von Wissenschaftlern der DDR und des Saarlandes in Saarbrücken stattfinden soll, erarbeitet. Schwerpunkte dieses Forums werden zwei Themen sein:

1. AIDS-Bekämpfungsstrategien und ihre wissenschaftliche Begründung.
2. AIDS-Forschung - derzeitiger Sachstand in der DDR und im Saarland.

Die Einladung an die DDR zum AIDS-Forum in Saarbrücken wird jetzt erfolgen. Für die weitere Durchführung beider Vorhaben werden die beiden Ministerien des Saarlandes und der DDR die erforderlichen Schritte vereinbaren. Die Beratungen haben in einer offenen, vertrauensvollen und konstruktiven Atmosphäre stattgefunden.

Die Tatsache, daß wir gemeinsam mit der DDR ein Forschungsvorhaben und ein deutsch-deutsches AIDS-Forum vereinbaren konnten, ist ein Schritt von großer gesundheitspolitischer Bedeutung und ein wichtiges Ergebnis der Politik der Zusammenarbeit zwischen der DDR und dem Saarland, die vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und vom saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine gestaltet wird.

(-/29.9.1987/vo-ha/rs)

* * *



Frau Süsmuth darf nicht länger schweigen

Die Gesundheitsministerin muß sich um die Radioaktivität in Lebensmitteln kümmern

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Wie lange will Bundesgesundheitsministerin Süsmuth zu relevanten Themen der Gesundheitspolitik noch schweigen?

Während seit Wochen in der Öffentlichkeit über die skandalösen Vorschläge der EG-Kommission zur Heraufsetzung der Grenzwerte für Radionuklide in Lebensmitteln diskutiert wird, ist von der zuständigen Ministerin Süsmuth nichts zu hören. Internationale Experten geben zwischenzeitlich unumwunden zu, daß sie die Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung in der Vergangenheit unterschätzt hätten und bereits die jetzt gültigen Grenzwerte zu hoch seien. Umweltminister Töpfer nimmt diese Aussagen nicht zur Kenntnis und sucht statt dessen den Kompromiß zwischen den jetzigen (bereits zu hohen) Grenzwerten und den astronomischen Werten der EG-Vorlage. Inwieweit der publikumswirksam verkaufte nationale Alleingang aufgrund des geltenden EG-Rechts überhaupt möglich ist, bleibt zweifelhaft.

Wie sehr diese Bundesregierung auf die Argumente von Atomkraftbefürwortern fixiert ist und dabei offensichtlich die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung außer acht läßt, kann exemplarisch an der Zusammensetzung einer Kommission belegt werden, die sich Gedanken über festzulegende Grenzwerte machen sollte: Alle Mitglieder dieser Kommission waren oder sind auch Mitglieder der Strahlenschutzkommission, von diesen Mitgliedern sind Äußerungen bekannt, in denen sie sich abfällig über diejenigen geäußert haben, die vor möglichen Folgen der Katastrophe von Tschernobyl für die Bundesrepublik gewarnt haben, die sich für eine Begrenzung der Pressefreiheit für den Fall eines erneuten radioaktiven Unfalls ausgesprochen haben oder auch die als vehemente Verfechter der Lebensmittelbestrahlung auftreten.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt es dabei, daß wir aus Sicherheitsgründen für Grenzwerte eintreten, die sich in jedem Fall an den niedrigsten von Wissenschaftlern genannten Werten (schon aus Sicherheitsgründen) zu orientieren haben. Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlich begründeten Daten sind selbst die jetzt gültigen Grenzwerte als wesentlich zu hoch anzusehen.

Leider schweigt Bundesgesundheitsministerin Süsmuth nicht nur in dieser Frage. Die Verwendung des Rinderwachstumshormons Somatotropin wird nicht etwa unter Gesundheits-, sondern lediglich unter EG-Markt-Interessen diskutiert, auch zum Einsatz des gentechnisch erzeugten sogenannten 00-Raps werden von seiten des Gesundheitsministeriums keine Bedenken angemeldet.

Die SPD fordert Frau Süsmuth zu eindeutigen Stellungnahmen in diesen wichtigen Fragen der Gesundheitspolitik auf, um zu verhindern, daß auch weiterhin in der Bundesrepublik Vermarktungs- und Gewinninteressen über den Gesundheitsinteressen der Bevölkerung stehen!

(-/29.9.1987/vs-ha/rs)

* * *



Die Union betreibt Illusionstheater auf dem Rücken der Bauern

Das Schlagwort vom „Jahrhundertvertrag“ bleibt eine Worthölse

Von Rudolf Müller MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten des Deutschen Bundestages

Vergeblich bemühten sich die Agrarminister der unionsgeführten Bundesländer auf der Konferenz der Agrarminister von Bund und Bundesländern in München, dem Phantom eines insbesondere von Franz-Josef Strauß beschworenen „Jahrhundertvertrages für die Landwirtschaft“ endlich Gestalt zu geben. Doch nicht einmal ein gemeinsames Kommuniqué kam zustande.

Dieser Mißerfolg kam nicht überraschend. Denn das Schlagwort vom Jahrhundertvertrag ist und bleibt eine leere Worthölse. Ein brauchbares Konzept für die Sicherung des Überlebens der deutschen Landwirtschaft steckt nicht dahinter. Die von einigen Unions-Ministerpräsidenten vorgelegten Überlegungen jedenfalls beschränken sich auf die Aufzählung bereits laufender oder in Vorbereitung befindlicher Maßnahmen, die lediglich finanziell aufgestockt werden sollen. Von der notwendigen Agrarreform ist nirgends die Rede.

Auch Bundesminister Kiechle ist das von ihm seit langem angekündigte Reformkonzept bisher schuldig geblieben. Weder sein Aktionsprogramm noch das in der Koalitionsvereinbarung beschlossene Strukturrahmengesetz sind bisher auch nur im Ansatz erkennbar. Im Gegenteil: Wo schon heute wirksame Reformschritte möglich wären (zum Beispiel bei der Extensivierung), verhindert die Bundesregierung eine schnelle Anwendung, weil Bundesfinanzminister Stoltenberg die notwendigen Mittel verweigert.

Vor einer Fortsetzung der Politik der Illusionen muß mit Nachdruck gewarnt werden. Hier sollen aus wahltaktischen Überlegungen Hoffnungen geweckt werden, die angesichts der ökonomischen und politischen Wirklichkeit unerfüllbar sind. Mit wohltönenden Schlagworten ist nichts zu gewinnen. Den von der Agrarkrise unmittelbar betroffenen Menschen auf dem Lande ist nur durch eine wirksame Agrarreform eine Zukunftsperspektive zu geben. Die Sprechblase „Jahrhundertvertrag“ jedenfalls kann ein solches Reformkonzept nicht ersetzen.

Diese wohlfeile Erkenntnis hat den bayerischen Ministerpräsidenten aber nicht daran gehindert, dieses Thema bei dem kommenden Treffen der Regierungschefs in München erneut in den Mittelpunkt zu stellen. Das Illusionstheater der Union wird also weitergehen. (-/29.9.1987/vo-ha/rs)

* * *



Wechsel bei der DAG**Roland Isen genießt hohes Ansehen und Vertrauen****Von Manfred Hahn****Referent für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation beim SPD-Parteivorstand**

Der 14. ordentliche Bundeskongreß der DAG stand vor allem im Zeichen des Wechsels an der Spitze der DAG. Nach 20jähriger Tätigkeit als Vorsitzender der DAG übergab Hermann Brandt sein Amt an seinen Nachfolger Roland Isen, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden. Hermann Brandt hatte es in seiner Zeit als Vorsitzender verstanden, dem DAG, die circa 496.000 Mitglieder umfaßt, ein eigenständiges Profil neben dem DGB zu geben. In den politischen Positionen und Forderungen der DAG zeichnete sich in den letzten Jahren eine deutliche Annäherung zu den DGB-Positionen ab. Das zeigte sich zum Beispiel in der diesjährigen Tarifaufeinanderersetzung im Bankgewerbe, die gemeinsam von DAG und HBV geführt und erfolgreich zum Abschluß gebracht wurde. Trotz ihrer tarifpolitischen Erfolge und dem steigenden Anteil von Angestellten gelang es der DAG jedoch nicht, ihren Mitgliederanteil im Angestelltenbereich zu erhöhen.

Das ausgezeichnete Wahlergebnis für Roland Isen als neuer DAG-Vorsitzender (er erhielt rund 90 Prozent der abgegebenen Stimmen) zeugt von dem hohen Ansehen und Vertrauen, das er in seiner Organisation genießt. Auch die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder verlief erwartungsgemäß. Das relativ schwache Wahlergebnis für Ursula Konitzer (SPD) hing damit zusammen, daß sie sich kurzfristig als stellvertretende Vorsitzende ins Gespräch gebracht hatte. Mit ihrer Vorstandsarbeit hat dies nichts zu tun. Dem neuen DAG-Vorstand gehören somit sechs Sozialdemokraten und drei Mitglieder der CDU an (wie bisher).

In seinem Grundsatzreferat skizzierte Roland Isen die Aufgaben und Ziele künftiger DAG-Politik. Er ging auch auf den Wandel und die Veränderung in der Arbeitswelt durch neue Technologien ein und verurteilte die Flexibilisierungsstrategie der Unternehmer. Den Unternehmen und Verbänden bot er die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Sozialpartnerschaft an. Dabei stellte er fest, daß Sozialpartnerschaft für ihn nicht etwa bedeutet, Konflikte zu scheuen oder eine Verbrüderung mit den Arbeitgebern. Gegensätze sollten keinesfalls vernebelt werden; dies wäre dem Gedanken der Partnerschaft geradezu abträglich. Sozialpartnerschaft heißt ganz nüchtern, daß man die eigenen Ziele besser erreicht und die Interessen der Mitglieder mehr fördert, wenn man auch bereit ist, den Argumenten des Verhandlungspartners Bedeutung zu zollen. Weiterhin führte er aus, daß sich die DAG zur Solidarität mit allen Gewerkschaften bekennt und er bot die Kooperation ausdrücklich an. Dafür müßten allerdings zuvor die Beschlüsse einzelner DGB-Gewerkschaften, die die DAG zur gegnerischen Organisation erklärt haben, vom Tisch. Verstimmung herrschte auf dem Kongreß über die Reaktion von Siegfried Bleicher, der die DAG hart kritisiert hatte. Bei der DAG wird dies nicht als das letzte Wort angesehen, zumal Ernst Breit Gesprächsbereitschaft signalisiert hat.

Die 200 Delegierten forderten den Ausstieg aus der Kernenergie, sie setzten sich damit gegen eine schwache Vorlage des Bundesvorstandes durch.

Wenn sich auch die Verabschiedung des Antrages für Frauenförderpläne in Betrieben und Verwaltungen leicht gestaltete, so wurde doch heftig und lange über die Frauenförderung in der DAG, wo die Frauen rund 40 Prozent der Mitgliedschaft stellen, gerungen. In einer Kampfabstimmung wurde beschlossen, daß Frauen in den Gremien mindestens ihrem Anteil an der Mitgliedschaft angemessen berücksichtigt werden sollen. Weiter wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Arbeitsprogramm zur Frauenförderung erarbeiten soll.

Die Entwicklung bei der DAG muß aufmerksam verfolgt werden. Zur Zeit gehören alle Landesverbandsleiter der SPD an und an der Zusammensetzung des Bundesvorstandes (sechs SPD, drei CDU) hat sich nichts geändert. 1991 wird es einen weiteren Generationenwechsel geben. Drei Vorstandsmitglieder (zwei von der SPD) und eine Reihe von Landesverbandsleitern gehen in den Ruhestand. Die nächsten vier Jahre wird von CDU und CDA nichts unversucht gelassen, hier Einbrüche zu erzielen. CDU und CDA waren zahlreich auf dem Kongreß vertreten, bei den Referaten von Helmut Kohl und Norbert Blüm merkte man deutlich, daß sie die Nähe der DAG suchen und keine Gräben aufreißen wollen. Inhaltlich gaben ihre Ausführungen nichts her, einziger Lichtblick waren die Ausführungen des AfA-Bundesvorsitzenden und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rudolf Dreßler, der deutliche Antworten auf die den Kongreß bewegenden Fragen gab. (-/29.9.1987/vo-ha/rs)

